

Fortschritt in Zeiten der Transformation

Zum Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP



Foto: Stadtverwaltung Erfurt

Dr. Tobias J. Knoblich ist Dezernent für Kultur und Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Erfurt und Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft

Mehr Fortschritt wagen« ist ein mutiger Imperativ. »Waren die vorangegangenen Jahrzehnte noch ganz vom *Fortschritt* und seiner gesellschaftlichen *Planung* geprägt, sind diese Leitbegriffe seither fast völlig aus dem politischen Diskurs verschwunden«, schrieb Oliver Nachtwey noch unlängst (2016: 72). Inzwischen dominieren die im Zeichen des Fortschritts gesellschaftlich produzierten Risiken, wandelt sich unser Bild von Zukunft radikal: Wachstum, Wohlfahrt und Reichtum waren gekoppelt an die Ausbeutung von Ressourcen, an Ungleichheiten und ein Verfügungsdenken unbegrenzter Reichweite. Fortschritt scheint daher ein Begriff ohne Blick nach links und rechts, ingenieurhaft stur nach vorn: Machbarkeit der Welt. So kann freilich ein sozial-ökologisch-liberaler Dreiklang nicht intoniert oder gemeint sein.

Fortschritt und Umbruch als Ausgangspunkte

»Die Welt ist am Beginn eines Jahrzehnts im Umbruch, deshalb können wir nicht im Stillstand verharren«,

konzediert denn auch die Präambel des 178 Seiten umfassenden Textes, der die Politik der neuen Legislaturperiode prägen wird. Und er ruft in der Tat die großen Transformationsprozesse auf, für deren Bewältigung *Orientierung* gegeben und eine neue *Dynamik* ausgelöst werden soll. Wir haben sie in der kulturpolitischen Debatte auch permanent im Blick, von der Digitalisierung bis zum Klimawandel, von der Migration bis zur Krise der Demokratie. Unser Weltverhältnis befindet sich im Wandel, ganz wesentlich unser westlicher Individualismus und Egozentrismus, die im Übrigen aus derselben Quelle gespeist sind wie die alte Fortschrittsidee: der europäischen Aufklärung. Deren Dialektik führt – in Fortsetzung von Horkheimer und Adorno – aktuell Harald Welzer in seiner »Kultur des Aufhörens« eindrucksvoll vor. Er entlarvt unser Regime der Rücksichtslosigkeit als jene Entfremdung von der Welt, deren Vorderseite einst die Aufklärung und unser Gewinn eigenständiger Lebensgestaltung waren (Welzer 2021: 102 ff.). Wir stehen also inmitten epochaler Umbrüche.

Vor diesem Hintergrund ist es spannend, welche Idee von Fortschritt leitmotivisch den Text – hier vor allem den Kultur- und Medienteil – des Koalitionsvertrages durchzieht. Interessanter Weise taucht der Begriff in der Folge recht selten auf und wird auch nicht näher erläutert – eine verpasste Chance, ihn für die Ambivalenzen der Herausforderungen wirklich stark zu machen, neu aufzuladen. Der Hinweis auf »Zusammenhalt und Fortschritt auch bei unterschiedlichen Sichtweisen« könnte aufschimmern lassen, warum es der Koalitionsvereinbarung an Stringenz und mutigeren Leitbildern mangelt. Vielleicht finden die Parteien noch stärker zueinander, eine gemeinsame Sprache.

Transformatorische Kulturpolitik?

Folglich ist auch im Kultur- und Medienteil der notwendige transformationspolitische »Ruck« eher verhalten ausgefallen, Aufbruchsstimmung tritt nicht zutage. Transformationsziele, Impulse zum Umbau der kulturellen Infrastruktur fehlen. Ein ernsthafter Paradigmenwechsel zu einer evidenz-

und konzeptbasierten Kulturpolitik ist nicht zu erkennen. Prominent platziert wird Transformation lediglich als ökologische Transformation. Hier soll eine Anlaufstelle »Green Culture« helfen, Wissen, Kompetenzen und Ressourcen bereitzustellen. Wünschenswert wäre gewesen, Transformation zum Ausgangspunkt einer kulturpolitischen Offensive insgesamt zu machen und damit ein übergreifendes Narrativ für die Legislaturperiode zu setzen und durchzudeklinieren. So verfestigt sich der Eindruck, Veränderung erfolgt als Addition zum Bestehenden: als Agentur, Förderoption oder neue Rahmenbedingung. Mehr Reform also statt Transformation.

Positiv hervorzuheben bleibt der breite und konstruktive Zugang mit Leitbildern wie Vielfalt, Diversität, Freiheit und Nachhaltigkeit. Grundiert wird dieses kulturelle Verständnis, das »den Aufbruch unserer Gesellschaft befördern« soll, mit der avisierten Verankerung der Kultur als Staatsziel – das sicher stärkste übergeordnete Ziel. Damit wird der gesellschaftspolitische Wert von Kulturpolitik unterstrichen und verfassungsrechtlich gewichtet.

Ferner zu erwähnen ist das geplante Kompetenzzentrum für digitale Kultur und der Aufbau eines »Datenraums Kultur«, der mancherorts (Hamburg, Gütersloh) modellhaft bereits erprobt wird und übergreifender Anstrengungen bedarf, die finanziell und personell sonst kaum zu stemmen sein dürften. Zum Thema Transformation passt schließlich der proklamierte Ausbau der Kulturstiftung des Bundes sowie der Bundeskulturfonds als »Innovationstreiber« – wobei kritisch einzuwenden wäre, dass diese Förderinstanzen eher Verstärker von Innovationstreibern sein können, wenn sie mit Kenntnis der Praxis Instrumente entwickeln und Innovation befördern. Innovation, so bliebe zu hoffen, die auf adaptive Strategien im Sinne einer Postwachstumsgesellschaft setzt. Hier wären wir wieder beim Fortschrittsbegriff.

Freie Szene und Kommunales

Die »Kulturszene« – bereits im zweiten Absatz bewusst unbestimmt und gleichsam als Plädoyer für Trägervielfalt gesetzt – bekommt starkes Gewicht, auch erweitert um ein Bekenntnis zur Kreativwirtschaft, da die Grenzen ohnehin zunehmend fließend sind. Die Clubs und Livemusikstätten werden als

Kulturorte besonders herausgestellt, überhaupt atmet an diesen Stellen der Vertrag ein niedrigschwellig-liberales Verständnis von Kultur, so dass man den Eindruck gewinnt, als kämen gute, auf strukturelle Aufwertung orientierte Zeiten für die freie Kultur. Dies ließe sich um Impulse zum Urheber- und Zuwendungsrecht erweitern, die jedoch zwischen »Interessenausgleich« und »Entbürokratisierung« recht allgemein bleiben – aber immerhin.

Die Kommunen, die gerade für die Entfaltung der freien Kulturakteure und der Kulturförderung von eminenter Bedeutung sind, werden in ihrer teilweisen Schwäche auf strukturschwache Regionen oder den ländlichen Raum reduziert. An vielen Stellen im Vertrag wird darauf abgestellt, ihnen zu helfen, aber wie sie mehr Spielräume – gerade für die sogenannten freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben – erlangen können, bleibt ungelöst. Doch das Reaktionsvermögen der Kommunen entscheidet wesentlich über die Wirkungskraft der Demokratie.



Erinnerungskultur, Erbe und Medien

Nicht unerwartet erhält das Thema Kolonialismus explizite Aufmerksamkeit. Unter anderem soll ein Konzept für einen Lern- und Erinnerungsort Kolonialismus entwickelt werden. Überhaupt wird die Rolle von Erbe und Erinnerungskultur besonders gewichtet. Dies reicht von den Orten der Friedlichen Revolution bis zur Schaffung einer »Bundesstiftung industrielles Welterbe«, von der weiteren Reform der Stiftung Preußischer Kulturbesitz bis zur Debat-

tenkultur im Humboldt Forum, dessen Entstehungsimpuls stark historisch und städtebaulich geprägt ist. Der Koalition ist daran gelegen, »Erinnerungskultur als Einsatz für die Demokratie und Weg in eine gemeinsame Zukunft« zu begreifen.

Gemessen an den jüngsten politischen Verwerfungen und den berechtigten Kritiken am öffentlich-rechtlichen Rundfunk sucht man indes vergebens nach einem Willen zu dessen Transformation. Das ist – betrachtet man den Ressourcenverbrauch und die notwendige Straffung – besonders schade. Transformation, das große Wort der Stunde, prägt insgesamt (noch) nicht den Geist der neuen Koalition. Aber erst die Praxis wird zeigen, worin sozial-ökologisch-liberale Kulturpolitik besteht. Ein weniger stringenter Vertrag verhindert keine stringente Politik.

Quellen

- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufgehen in der regressiven Moderne, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Welzer, Harald (2021): Nachruf auf mich selbst. Die Kultur des Aufhörens, Frankfurt/Main: S. Fischer Verlag ■